AMTSBLATT

DER

EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

5. DEZEMBER 1964

AUSGABE IN DEUTSCHER SPRACHE

7. JAHRGANG Nr. 201

INHALT

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SCHRIFTLICHE ANFRAGEN MIT ANTWORTEN

- Nr. 68 von Herrn Bading an die Kommission der EWG*
Betrifft: Beirat für Fragen der landwirtschaftlichen Strukturpolitik 3405/64
- Nr. 79 von Herrn Vredeling an die Kommission der EWG*
Betrifft: Beteiligung des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft 3406/64
- Nr. 80 von Herrn Vredeling an die Kommission der EWG*
Betrifft: Weigerung der Vereinigten Staaten von Amerika, dem internationalen Kaffee-Abkommen beizutreten 3407/64
- Nr. 82 von Herrn Nederhorst an die Hohe Behörde der EGKS*
Betrifft: Stellungnahme der Hohen Behörde zu dem niederländischen Gesetzentwurf zur Regelung der finanziellen Unterstützung der Limburger Steinkohlenbergwerke 3408/64
- Nr. 84 von Herrn Pêtre an die Kommission der EAG*
Betrifft: Anwendung von Artikel 37 des Vertrages zur Gründung der EAG 3409/64

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT

INFORMATIONEN

DER RAT

- 64/673/EWG :
Ersetzung eines Mitglieds des Wirtschafts- und Sozialausschusses 3410/64

DIE KOMMISSION

EUROPÄISCHER ENTWICKLUNGSFONDS

- 64/674/EWG :
Ausschreibung Nr. 391: Öffentliche Ausschreibung der Zentralafrikanischen Republik für ein von der EWG — Europäischer Entwicklungsfonds — finanziertes Vorhaben 3411/64

(Fortsetzung umseitig)

INHALT (Fortsetzung)

DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS

64/675/EWG :
*Änderungen in der Zusammensetzung der Organe des Wirtschafts- und
Sozialausschusses* 3414/64

EUROPÄISCHE ATOMGEMEINSCHAFT

INFORMATIONEN

DER RAT

64/62/Euratom :
Ersetzung eines Mitglieds des Wirtschafts- und Sozialausschusses 3415/64

DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS

64/63/Euratom :
*Änderungen in der Zusammensetzung der Organe des Wirtschafts- und
Sozialausschusses* 3416/64

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SCHRIFTLICHE ANFRAGEN MIT ANTWORTEN

SCHRIFTLICHE ANFRAGE Nr. 68

von Herrn Bading

an die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

(24. September 1964)

Betrifft : Beirat für Fragen der landwirtschaftlichen Strukturpolitik

Im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften ⁽¹⁾ ist der Beschluß der Kommission über die Einsetzung eines Beirats für die Fragen der landwirtschaftlichen Strukturpolitik veröffentlicht. In Artikel 8 des Beschlusses heißt es, daß die Ergebnisse der Beratungen des Beirats von der Kommission dem Rat, dem Ständigen Agrarstrukturausschuß oder dem Ausschuß des Fonds auf deren Ersuchen mitgeteilt werden.

Ist die Kommission bereit, die Ergebnisse der Beratungen auch den Mitgliedern des Landwirtschaftsausschusses des Europäischen Parlaments zugänglich zu machen ?

Wenn nicht, aus welchen Gründen verweigert die Kommission dem Parlament diese Unterrichtung ?

Antwort

(30. November 1964)

Der mit Kommissionsbeschluß vom 29. Juli 1964 eingesetzte Beirat für Fragen der landwirtschaftlichen Strukturpolitik kann von der Kommission zu allen Problemen bei der Durchführung der Entscheidung des Rates vom 4. Dezember 1962 betreffend die Koordinierung der landwirtschaftlichen Strukturpolitiken ⁽²⁾ gehört werden sowie über alle Probleme im Zusammenhang mit der Durchführung der Politik der landwirtschaftlichen Strukturverbesserung.

Die Konsultation des Beirats erfolgt somit im Stadium der Voruntersuchungen und Vorbereitung von Maßnahmen, die die Kommission zu treffen oder vorzuschlagen beabsichtigt. Diese Konsultation ist dazu bestimmt, die Kommission über die

⁽¹⁾ AB Nr. 134 vom 20. 8. 1964, S. 2556/64.

⁽²⁾ AB Nr. 136 vom 17. 12. 1962, S. 2892/62.

Einstellung der Wirtschaftskreise zu unterrichten. Hierbei werden von den anwesenden Sachverständigen stets Diskussionen außerordentlich technischer Natur geführt.

Die Kommission ist bereit, die durch die Frage des Herrn Abgeordneten aufgeworfenen Probleme mit dem Landwirtschaftsausschuß zu erörtern.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE Nr. 79

von Herrn Vredeling

an die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

(15. Oktober 1964)

Betrifft: Beteiligung des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft

Das Parlament hat seinerzeit bei der Behandlung des geänderten Vorschlags der EWG-Kommission an den Rat zu einer Verordnung über die Bedingungen für die Beteiligung des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft einen Änderungsvorschlag zu Artikel 17 dieses Vorschlags der Kommission eingebracht ⁽¹⁾.

Dieser Änderungsvorschlag, der sich auf die Abteilung „Ausrichtung“ des Fonds bezieht, lautete wie folgt:

„Die Beteiligung des Fonds soll nicht bewirken, daß insgesamt von Behörden der Mitgliedstaaten gewährten Vergünstigungen und Finanzbeihilfen, die für die gleichen Zwecke gewährt werden wie diejenigen des Fonds, vermindert werden.“

Aus Informationen, die wir erhalten haben, geht hervor, daß der Inhalt dieses Änderungsvorschlags, der seinerzeit in den vom Rat angenommenen Text

der betreffenden Verordnung nicht übernommen wurde, im Sitzungsprotokoll des Rates als eine Art „gentlemen's agreement“ niedergelegt ist.

Daraus ergeben sich folgende Fragen:

1. Kann die Kommission die Informationen, die man uns gegeben hat, bestätigen?
2. Hat die Kommission seinerzeit den Text des Änderungsvorschlags in ihren Vorschlag übernommen und wurde der Änderungsvorschlag des Parlaments demnach durch einstimmigen Beschluß des Rates in das Protokoll aufgenommen?
3. Wie denkt die Kommission allgemein über diese Art von „gentlemen's agreements“, die immer häufiger vom Rat geschlossen werden und deren Rechtsgültigkeit angezweifelt werden kann?

Hält es die Kommission nicht für bedenklich, daß derartige politische Absprachen, durch die der Grundsatz der Öffentlichkeit und Transparenz der Politik der Kommission und des Rates verletzt und die Kontrolle des Parlaments beträchtlich erschwert wird, getroffen und in den Geheimprotokollen des Rates niedergelegt werden?

Antwort

(27. November 1964)

1. Die Kommission kann dem Herrn Abgeordneten bestätigen, daß bei der Annahme von Artikel 17 Absatz (1) der Verordnung über die Bedingungen für die Beteiligung des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft im Rat eine Einigung in dem Bereich erzielt worden ist, von dem der Herr Abgeordnete spricht.

2. Wie die Kommission in ihrer ergänzenden Antwort auf die schriftliche Anfrage Nr. 106 ⁽²⁾ mitgeteilt hat, war es ihr nicht möglich, die vom Parlament vorgeschlagene Änderung des Artikels 17 der genannten Verordnung zu übernehmen.

3. Die Kommission vertritt die Auffassung, daß auch die Akte der Organe der Gemeinschaft, deren Veröffentlichung nach dem Vertrag nicht zwingend vorgeschrieben ist, insbesondere derjenigen im Zusammenhang mit der gemeinsamen Agrarpolitik, in der Regel im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* veröffentlicht werden sollten. Sie erkennt jedoch an, daß im Rat getroffene, nicht veröffentlichte Absprachen unter bestimmten Umständen die Entwicklung der Gemeinschaft fördern können.

⁽¹⁾ AB Nr. 157 vom 30. 10. 1963, S. 2640/63.

⁽²⁾ AB Nr. 41 vom 9. 3. 1964, S. 669/64.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE Nr. 80**von Herrn Vredeling****an die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft***(19. Oktober 1964)*

Betrifft: Weigerung der Vereinigten Staaten von Amerika, dem internationalen Kaffee-Abkommen beizutreten

1. Kann die Kommission mitteilen, aus welchen Gründen der amerikanische Kongreß den Beitritt der Vereinigten Staaten zum internationalen Kaffee-Abkommen ablehnte ?
2. Kann die Kommission das Urteil einiger amerikanischer Presseorgane unterschreiben, demzufolge sich die amerikanische Regierung nicht genügend dafür eingesetzt hat, die Zustimmung des Kongresses zur Beteiligung an diesem Abkommen zu erhalten ?
3. Ist die Kommission bereit zu erklären, daß sie die Haltung der Vereinigten Staaten außerordentlich bedauert ?
4. Sind diesem Abkommen bereits alle Mitgliedstaaten der EWG beigetreten ? Wie verhält es sich in dieser Beziehung mit den EFTA-Ländern ?
5. Wie hoch ist der Anteil Westeuropas — insbesondere der EWG — und der Vereinigten Staaten am Weltkaffeehandel ?
6. Ist die Kommission der Ansicht, daß durch die Weigerung der Vereinigten Staaten, dem internationalen Kaffee-Abkommen beizutreten, die Ziele dieses Abkommens gefährdet werden ?

Antwort*(20. November 1964)*

1. Es muß daran erinnert werden, daß der amerikanische Kongreß das internationale Kaffeeabkommen ratifiziert hat und daß die Vereinigten Staaten von Amerika die Ratifizierungsurkunde am 27. Dezember 1963 hinterlegt haben ; sie sind also Mitglied des internationalen Kaffeeabkommens. Die Ablehnung im Kongreß vor Schluß der letzten Sitzungsperiode bezieht sich auf ergänzende Rechtsvorschriften zur Durchführung der Bestimmungen des Vertrages über die Ursprungs- und Wiederausfuhrzeugnisse, denen jede Ausfuhr und Wiederausfuhr von Kaffee durch ein Abkommensland unterliegt. Inzwischen hat die amerikanische Regierung erklärt, sie werde sich nachhaltig dafür einsetzen, daß der Kongreß in seiner neuen Sitzungsperiode so bald wie möglich die betreffenden Rechtsvorschriften erlassen wird.
2. und 3. Die Kommission ist der Ansicht, daß die amerikanische Regierung zur Annahme dieser ergänzenden Rechtsvorschriften den normalen parlamentarischen Weg gegangen ist ; die Kommission ist nicht dazu berufen, die Rolle der Regierung oder die Haltung des amerikanischen Kongresses in dieser Angelegenheit zu beurteilen.
4. Von den Mitgliedstaaten der EWG haben Belgien namens der BLWU, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und die Niederlande ihre Ratifikationsurkunde hinterlegt und sind damit dem Abkommen beigetreten. Italien hat das Abkommen zwar unterzeichnet, die Ratifikationsurkunde jedoch noch nicht hinterlegt. Nach den während der letzten Sitzung des internationalen Rates im August 1964 verteilten Dokumenten der internationalen Kaffeeorganisation sind folgende EFTA-Länder dem Abkommen beigetreten : Österreich, Dänemark, Norwegen, Portugal (es vertritt Angola und seine afrikanischen Gebiete als Erzeuger), Schweden und das Vereinigte Königreich.
5. Westeuropas Anteil am Welthandel mit Rohkaffee betrug 1963 ungefähr 37 v. H. (der der EWG 25 v. H.) ; der Anteil der Vereinigten Staaten belief sich auf ungefähr 50 v. H.
6. Die Ablehnung der ergänzenden Rechtsvorschriften über die Ursprungs- und Wiederausfuhrzeugnisse durch den amerikanischen Kongreß kann angesichts der Bedeutung der USA im Weltkaffeehandel Schwierigkeiten bei der Durchführung des internationalen Kaffeeabkommens nach sich ziehen.

Die Auswirkungen lassen sich jedoch noch nicht abschätzen, da für die einführenden Länder die Regelung betreffend die Ursprungs- und Wiederausfuhrzeugnisse erst im Oktober 1964 in Kraft getreten ist.

Soweit der Kommission bekannt ist, hat die amerikanische Regierung Maßnahmen ergriffen, durch die — bis zur Verabschiedung dieser Rechtsvorschriften — unter freiwilliger Mitarbeit der Wirtschaft eine Kontrolle der Kaffee-Einfuhren mit Hilfe von Ursprungszeugnissen ausgeübt werden kann und durch die außerdem für die amerikanischen Kaffeeexporteure die Möglichkeit geschaf-

fen wird, in den Besitz von Wiederausfuhrzeugnissen zu gelangen.

Die internationalen Kaffeeorganisationen werden durch die amerikanische Regierung darüber unterrichtet, wieviel Kaffee ohne Ursprungszeugnis eingeführt wird.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE Nr. 82

von Herrn Nederhorst

an die Hohe Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl

(22. Oktober 1964)

Betrifft: Stellungnahme der Hohen Behörde zu dem niederländischen Gesetzentwurf zur Regelung der finanziellen Unterstützung der Limburger Steinkohlenbergwerke

Am 27. Februar 1964 teilte der niederländische Wirtschaftsminister der Hohen Behörde mit, daß die niederländische Regierung ein Gesetz zur Änderung des staatlichen Beitrags zu den Lasten der sozialen Sicherheit des Kohlenbergbaus vorbereite.

Am 10. Juni 1964 leitete der niederländische Wirtschaftsminister der Hohen Behörde den Wortlaut und die Begründung dieses Gesetzesentwurfs zu.

Nachdem der Fragesteller die Hohe Behörde ersucht hatte, ihre Stellungnahme zu diesem Gesetzentwurf noch vor der öffentlichen Behandlung im niederländischen Parlament abzugeben, teilte die Hohe Behörde am 29. Juni 1964 in Beantwortung der schriftlichen Anfrage Nr. 37 ⁽¹⁾ mit, daß die Prüfung der Vereinbarkeit dieses Gesetzes mit dem Montanvertrag „so schnell wie möglich vorgenommen wird“ und daß die Hohe Behörde die niederländische Regierung von dem Ergebnis unterrichten wird, sobald diese Prüfung abgeschlossen ist.

Inzwischen sind seit dem Augenblick, in dem die Hohe Behörde den Gesetzentwurf erhalten hat, mehr als vier Monate vergangen, ohne daß die Hohe Behörde zu einem Standpunkt gelangt ist.

Unterdessen haben die beiden Kammern der Generalstaaten den Gesetzentwurf angenommen, ohne daß die niederländische Regierung in der Lage war, den Standpunkt der Hohen Behörde mitzuteilen.

Im Zusammenhang mit diesem unbefriedigenden Verlauf der Dinge stellen sich folgende Fragen:

1. Kann man noch sagen, daß die Hohe Behörde diese Prüfung so schnell wie möglich vorgenommen hat, wenn man feststellt, daß man nach vier Monaten noch zu keiner Stellungnahme zu einem ungeschwierigen Gesetzentwurf gelangen könnte?
2. Wann ist mit der Antwort der Hohen Behörde an die niederländische Regierung zu rechnen?
3. Kann die Hohe Behörde versprechen, daß diese Angelegenheit schnellstens und mit Vorrang behandelt wird?

Antwort

(19. November 1964)

Zu 1. Die Prüfung des niederländischen Gesetzes zur Regelung der finanziellen Unterstützung der Limburger Steinkohlenbergwerke macht — wie die Hohe Behörde in ihrer Beantwortung der schriftlichen Anfrage Nr. 37 des Herrn Abgeordneten vom 29. Juni 1964 mitteilte — einen Vergleich mit den Bestimmungen des Montanvertrags unter Berück-

sichtigung des Abkommensprotokolls vom 21. April 1964 erforderlich. Wie dem Herrn Abgeordneten bekannt ist, hat die Hohe Behörde gemäß dem ihr in Artikel 11 des genannten Protokolls erteilten Auftrag Modalitäten für den Entwurf einer Entscheidung über den finanziellen Beitrag der Mitgliedstaaten für den Steinkohlenbergbau der Gemeinschaft ausgearbeitet; dieser Entwurf wird in der nächsten Tagung des Besonderen Ministerrats geprüft.

⁽¹⁾ AB Nr. 107 vom 6. 7. 1964, S. 1643/64.

Zu 2. und 3. Die Hohe Behörde, die so rasch wie möglich in die Prüfung der Bestimmungen des niederländischen Gesetzes eingetreten ist, hat festgestellt, daß diese im Rahmen der Bestimmungen ihres Entscheidungsentwurfs liegen, wonach die öffentlichen Verordnungen über die Modalitäten der Finanzierung der Sozialleistungen von der Hohen Behörde unter dem Gesichtspunkt ihrer Wirkung auf die Wettbewerbsbedingungen des Steinkohlen-

bergbaus der Gemeinschaft beurteilt werden müssen. Wenn die Regierungen den Vorschlägen der Hohen Behörde im Sinne des Entscheidungsentwurfs folgen, kann diese zu dem niederländischen Gesetz Stellung nehmen, sobald ihr sämtliche Mitgliedstaaten — wie in dem Entscheidungsentwurf vorgesehen — ihre einschlägigen öffentlichen Verordnungen bekanntgegeben haben.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE Nr. 84

von Herrn Pêtre

an die Kommission der Europäischen Atomgemeinschaft

(30. Oktober 1964)

Betrifft: Anwendung von Artikel 37 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft

1. In Artikel 37 des Vertrages zur Gründung der EAG heißt es:

„Jeder Mitgliedstaat ist verpflichtet, der Kommission über jeden Plan zur Ableitung radioaktiver Stoffe aller Art die allgemeinen Angaben zu übermitteln, auf Grund deren festgestellt werden kann, ob die Durchführung dieses Plans eine radioaktive Verseuchung des Wassers, des Bodens oder des Luftraums eines anderen Mitgliedstaates verursachen kann.“

2. In ihrem Siebenten Gesamtbericht sagt die Euratom-Kommission in Ziffer 56: „Die Mitgliedstaaten haben die Bestimmung des Vertrages, daß der Kommission die allgemeinen Angaben über

jeden Plan zur Ableitung radioaktiver Stoffe zu übermitteln sind, unterschiedlich ausgelegt“.

3. Kann die Euratom-Kommission mitteilen, aus welchen Gründen die Mitgliedstaaten Artikel 37 des Vertrages zur Gründung der EAG „unterschiedlich ausgelegt“ haben?

4. Ist sie nicht der Ansicht, daß dieser Artikel in den gesamten Mitgliedstaaten der Gemeinschaft einheitlich ausgelegt werden sollte?

Kann sie Maßnahmen angeben, durch die dieses Ziel erreicht werden könnte?

5. Kann die Euratom-Kommission mitteilen, ob ihr alle Pläne zur Ableitung radioaktiver Stoffe aus Forschungs- und Leistungsreaktoren oder sonstigen Kernanlagen, abgesehen von den in den Mitgliedstaaten im Bau befindlichen Reaktoren, bekanntgegeben wurden?

Antwort

(24. November 1964)

Eine Prüfung der Pläne zur Ableitung radioaktiver Stoffe, die der Kommission in den letzten Jahren gemäß Artikel 37 des Vertrages übermittelt worden sind, zeigt, daß einige dieser Pläne schneller vorgelegt worden sind und vollständiger sind als andere. Dieser Umstand hat die Kommission mehrfach veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß die Anwendung von Artikel 37 befriedigender sein könnte. Wie im Sechsten Gesamtbericht ausgeführt, sind einige Mitteilungen, insbesondere diejenigen über die Konzentration der radioaktiven Stoffe bei einem Unfall, nicht immer leicht zu beurteilen; in verschiedenen Fällen mußten die zuständigen Abteilungen der Kommission die Mitgliedstaaten um zusätzliche Angaben ersuchen.

In diesem Sinne sind die Worte „unterschiedlich ausgelegt“ zu verstehen. Selbstverständlich ist die Kommission der Ansicht, daß der genannte Artikel einheitlich auszulegen ist. Sie hat zu diesem Zweck jetzt eine Empfehlung zur Festlegung eines gemeinsamen Rahmens für die Mitteilung von Plänen zur Ableitung radioaktiver Stoffe herausgegeben.

Was die letzte Frage betrifft, so sind über die meisten Kernanlagen, deren Pläne gemäß Artikel 37 zu übermitteln sind, Mitteilungen eingegangen. Bezüglich der übrigen Anlagen ist der Kommission versichert worden, daß die Mitgliedstaaten sich besonders bemühen, die sie betreffenden Pläne zur Ableitung radioaktiver Stoffe zu übermitteln.

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT

INFORMATIONEN

DER RAT

Ersetzung eines Mitglieds des Wirtschafts- und Sozialausschusses

(64/673/EWG)

Der Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Rat der Europäischen Atomgemeinschaft haben auf ihrer Tagung vom 10. bis 15. November 1964 beschlossen, Herrn W. Albeda an Stelle des ausscheidenden Herrn D. F. van der Mei zum Mitglied des Wirtschafts- und Sozialausschusses zu ernennen. Herr W. Albeda wurde für die verbleibende Amtszeit des Herrn D. F. van der Mei, d. h. bis zum 24. April 1966, ernannt.

Dieser Beschluß wurde dem Betreffenden zur Kenntnis gebracht, der seine Ernennung angenommen hat.

DIE KOMMISSION

EUROPÄISCHER ENTWICKLUNGSFONDS

Ausschreibung Nr. 391 : Öffentliche Ausschreibung der Zentralafrikanischen Republik für ein von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft — Europäischer Entwicklungsfonds — finanziertes Vorhaben

(64/674/EWG)

Örtliche Vergabe-Nr. : 19/64 Abkommen : 296/F/OC/S Vorhaben : 11.23.313

Gegenstand der Leistung :

Bau verschiedener Gebäude für den öffentlichen Gesundheitsdienst (Service de la santé publique) im Südwesten der Zentralafrikanischen Republik.

Die Gesamtleistung ist in folgende 5 Regionallose unterteilt :

	Präfektur Labaye		Präfektur Haute-Sangha		
	M'Baiki	Boda	Berberati	Carnot	Nola
	Los Nr. 1	Los Nr. 2	Los Nr. 3	Los Nr. 4	Los Nr. 5
Krankenpavillon mit	28 Betten 290 m ²	—	16 Betten 210 m ²	28 Betten 290 m ²	—
Operationsgebäude	—	1 230 m ²	—	1 230 m ²	—
Entbindungsheim mit	—	18 Betten 284 m ²	—	—	12 Betten 240 m ²
Kleine Krankenstation	—	—	—	—	1 90 m ²
Zusätzliche Arbeiten an bestehenden Gebäuden	—	—	Erweiterungs- bau 230 m ²	Stütz- mauer	Instand- setzungs- arbeiten
Wirtschaftsgebäude	1 86 m ²	1 86 m ²	—	1 86 m ²	1 86 m ²
Arztwohnung	—	1 170 m ²	—	1 170 m ²	—
Krankenpfleger- wohnungen	2 je 98 m ²	1 98 m ²	5 je 98 m ²	—	3 je 98 m ²
1 Wasserreservoir	10 m ³	10 m ³	Anschluß	10 m ³	10 m ³
1 Stromaggregat von	10 KVA	10 KVA	10 KVA	10 KVA	10 KVA

Bei den Quadratmeter-Angaben umbauten Raumes handelt es sich nur um annähernde Zahlen.

Jeder Bewerber kann für ein einzelnes, mehrere oder die Gesamtheit der Lose Angebote abgeben.

Die vorstehende Ausschreibung betrifft nur Bauleistungen. Die Lieferung der Einrichtungsgegenstände sowie der medizinischen Ausstattungen werden später ebenfalls öffentlich ausgeschrieben.

Ausführungsorte :

M'Baiki (90 km südlich), Boda (120 km östlich), Berberati (300 km östlich), Carnot (300 km östlich) und Nola 290 km südöstlich von Bangui, der Hauptstadt der Zentralafrikanischen Republik, gelegen.

Geschätzter Betrag :

124 000 000 CFA-Franken (entspricht ungefähr 502 000 US-Dollar), für die Gesamtheit der Lose.

Ausführungsfrist :

15 Monate für die Gesamtheit der Lose.

Absichtserklärung für die Teilnahme am Wettbewerb :

Die Unternehmen, die an dieser Ausschreibung teilzunehmen wünschen, müssen eine entsprechende Absichtserklärung an die „Direction des travaux publics“, boîte postale 978, in Bangui (République centrafricaine) einsenden ; die Absichtserklärung muß spätestens einen Monat vor dem für die Angebotseröffnung festgesetzten Datum bei der obengenannten Adresse vorliegen.

Dieser Erklärung sind die wichtigsten technischen und finanziellen Referenzen des Unternehmens bzw. wenn es sich um eine Arbeitsgemeinschaft handelt der Unternehmen der Arbeitsgemeinschaft beizufügen. In letzterem Falle muß in der Erklärung der Bevollmächtigte der Arbeitsgruppe angegeben werden.

Ferner ist ein vorschriftsmäßiger Nachweis der Staatsangehörigkeit des oder der Unternehmen (bei Arbeitsgemeinschaften) beizufügen.

Die Absichtserklärung zur Teilnahme am Wettbewerb ist in französischer Sprache abzufassen und in eingeschriebenem Brief einzusenden ; die Erklärung erfolgt für den Bewerber völlig unverbindlich.

Der Einlieferungsschein der abgesandten Absichtserklärung zur Teilnahme am Wettbewerb ist später dem Angebot beizufügen.

Die Angebote,

in französischer Sprache, müssen bis spätestens 7. April 1965 vor 17 Uhr Ortszeit in eingeschriebenem Brief bei „Monsieur le Directeur des travaux publics de la République centrafricaine“, B.P. 978, in Bangui (Zentralafrikanische Republik) vorliegen. Die Angebotseröffnung findet am 8. April 1965 um 9 Uhr Ortszeit im „Salle des commissions du ministère des finances“ in Bangui statt.

Die Verdingungsunterlagen,

in französischer Sprache, sind auf schriftliche Bestellung bei „Monsieur le Directeur des travaux publics“, B.P. 978, in Bangui (Zentralafrikanische Republik) erhältlich. Dem Bestellschreiben ist ein bestätigter Verrechnungsscheck über 13 000 CFA-Franken, ausgestellt auf den „Trésorier payeur de la République centrafricaine“ in Bangui beizufügen. Nach Empfang des oben genannten Betrages werden die Verdingungsunterlagen kostenfrei durch Luftpost zugesandt.

Der Kaufpreis bei Abholung der Unterlagen am Ort beträgt 10 000 CFA-Franken.

Einsichtnahme in die Verdingungsunterlagen :

1. „Direction des travaux publics de la République centrafricaine“ in Bangui (Zentralafrikanische Republik) ;
2. „Direction des travaux publics“ der
 - Republik Tschad in Fort-Lamy,
 - Republik Gabun in Libreville,
 - Republik Kamerun in Jaundé,
 - Republik Kongo in Brazzaville ;
3. Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Generaldirektion für überseeische Entwicklungsfragen, 56 rue du Marais, Brüssel ;
4. Informationsdienste der Europäischen Gemeinschaften in :

Bonn, Zitelmannstr. 11
Den Haag, Mauritskade 39
Luxemburg, 18 rue Aldringer
Paris 16, 61 rue des Belles-Feuilles
Rom, Via Poli 29.

Zusätzliche Auskünfte erteilt :

„Monsieur le Directeur des travaux publics“, B.P. 978, in Bangui (Zentralafrikanische Republik).

Gemäß Artikel 132 Ziffer 4 des Vertrages von Rom steht die Teilnahme am Wettbewerb zu gleichen Bedingungen allen natürlichen und juristischen Personen offen, welche die Staatsangehörigkeit der Mitgliedstaaten oder der mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft assoziierten überseeischen Länder und Gebiete besitzen.

DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS

Änderungen in der Zusammensetzung der Organe des Wirtschafts- und Sozialausschusses

(64/675/EWG)

Fachliche Gruppen

Der Wirtschafts- und Sozialausschuß ernannte :

— Herrn Dr. J. D. Kuipers zum Mitglied der fachlichen Gruppe für Wirtschaftsfragen, an Stelle des zurückgetretenen Herrn van Spaendonck ; die Ernennung gilt für die verbleibende Amtszeit von Herrn van Spaendonck (36. Sitzungsperiode am 28. und 29. April 1964) ;

— Herrn Wilhelm Haferkamp ⁽¹⁾ zum Mitglied der fachlichen Gruppen für Verkehr, für überseeische Entwicklungsfragen sowie für soziale, Gesundheits- und Ausbildungsfragen auf dem Kerngebiet, an Stelle des zurückgetretenen Herrn Rosenberg ; die Ernennung gilt für die verbleibende Amtszeit von Herrn Rosenberg (36. Sitzungsperiode am 28. und 29. April 1964) ;

— Herrn Louis Ameye ⁽¹⁾ zum Mitglied der fachlichen Gruppen für Wirtschaftsfragen, für Wirtschaftsfragen auf dem Kerngebiet sowie für soziale, Gesundheits- und Ausbildungsfragen auf dem Kerngebiet, an Stelle des verstorbenen Herrn Masoin ; die Ernennung gilt für die verbleibende Amtszeit von Herrn Masoin (40. Sitzungsperiode am 24. und 25. September 1964) ;

— Herrn Dr. A.F.H.C. Schrijvers ⁽¹⁾ zum Mitglied der fachlichen Gruppen für Sozialfragen, für selbständige Tätigkeiten und Dienstleistungen sowie für überseeische Entwicklungsfragen an Stelle des zurückgetretenen Herrn van Spaendonck ; die Ernennung gilt für die verbleibende Amtszeit von Herrn van Spaendonck (41. Sitzungsperiode am 27. und 28. Oktober 1964) ;

— Herrn A. Hildgen ⁽¹⁾ zum Mitglied der fachlichen Gruppen für Wirtschaftsfragen, für Verkehr und für Sozialfragen, an Stelle des zurückgetretenen Herrn Bousser ; die Ernennung gilt für die verbleibende Amtszeit von Herrn Bousser (41. Sitzungsperiode am 27. und 28. Oktober 1964).

⁽¹⁾ Die Ernennung der Herren W. Haferkamp, L. Ameye, A.F.H.C. Schrijvers und A. Hildgen durch die Räte der EWG und der EAG zu Mitgliedern des Wirtschafts- und Sozialausschusses wurde in den Nummern 47 vom 18. März 1964, 131 vom 13. August 1964, 154 vom 7. Oktober 1964 bzw. 178 vom 6. November 1964 des *Amtsblatts der Europäischen Gemeinschaften* veröffentlicht.

EUROPÄISCHE ATOMGEMEINSCHAFT

INFORMATIONEN

DER RAT

Ersetzung eines Mitglieds des Wirtschafts- und Sozialausschusses

(64/62/Euratom)

Der Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Rat der Europäischen Atomgemeinschaft haben auf ihrer Tagung vom 10. bis 15. November 1964 beschlossen, Herrn W. Albeda an Stelle des ausscheidenden Herrn D. F. van der Mei zum Mitglied des Wirtschafts- und Sozialausschusses zu ernennen. Herr W. Albeda wurde für die verbleibende Amtszeit des Herrn D. F. van der Mei, d. h. bis zum 24. April 1966, ernannt.

Dieser Beschluß wurde dem Betreffenden zur Kenntnis gebracht, der seine Ernennung angenommen hat.

DER WIRTSCHAFTS - UND SOZIALAUSSCHUSS

Änderungen in der Zusammensetzung der Organe des Wirtschafts- und Sozialausschusses

(64/63/Euratom)

(Siehe Seite 3414/64 dieses Amtsblatts)

AN UNSERE ABONNENTEN

Das laufende Abonnement endet am 31. Dezember 1964.

Um keine Unterbrechung in der Zustellung eintreten zu lassen, kann das Abonnement bereits jetzt zu den bei den einzelnen Vertriebsbüros geltenden Bedingungen (s. letzte Seite dieser Ausgabe) erneuert werden.

Der Bezugspreis für das Abonnement 1965 beträgt für Deutschland DM 48,— (einschließlich Postvertriebsgebühren) ; alle übrigen Länder : sfrs 500,—.